



Interviews

Datum: 15. September 2022

Nicola Beer im Gespräch mit Sandra Schulz

Sandra Schulz: Am Telefon ist Nicola Beer (FDP), im Europäischen Parlament Mitglied im Ausschuss für Industrie und Energie und auch stellvertretende Vorsitzende des EU-Parlaments. Schönen guten Morgen!

Nicola Beer: Schönen guten Morgen, Frau Schulz.

Schulz: Menschen und Unternehmen sollen jetzt entlastet werden mit Milliarden, die bei Energiefirmen abgeschöpft werden sollen, wie es heißt. Geht Ursula von der Leyen da den richtigen Weg mit ihrem Vorschlag?

Beer: Ja, sie geht einen Weg, den ja auch die deutsche Bundesregierung schon in diese Richtung vorgeschlagen hat für die europäische Diskussion, den Strompreis zu dämpfen in einer absoluten Ausnahmesituation. Das ist auch noch mal wichtig zu sagen. Die Preise, die wir momentan sehen, sind beeinflusst von Putins aggressivem Angriffskrieg und deswegen haben wir keine normale Situation. Damit ist aber dann auch klar: Wir reden über ein Notfallinstrument für einen ganz klar begrenzten Zeitraum. Das dürfen keine dauerhaften Eingriffe sein, sondern es geht jetzt letztendlich darum, in einer begrenzten Zeit hier entsprechend auszugleichen, damit diese Verwerfungen am Markt nicht zu Lasten von Verbrauchern und Unternehmen gehen.

Schulz: Was ist der Unterschied zwischen dem Abschöpfen von Zufallsgewinnen – so soll das ja jetzt heißen – und einer Übergewinnsteuer, die die FDP eigentlich nicht wollte?

Beer: Dass wir jetzt im System des Strommarkts bleiben. Aus Deutschland kennt man das als Instrument ja schon länger. Wir haben mit der EEG-Abgabe Verbraucherinnen und Verbraucher gehabt, die erneuerbare Energien mitfinanziert haben, und jetzt geht es umgekehrt. Jetzt verdienen erneuerbare Energien, aber auch Kohle oder Kernkraftwerke außergewöhnlich viel aufgrund dieser Kriegssituation. Dieses wird dann benutzt, um das wieder ins System zu geben, sei es über Netzentgelte oder Entlastungen von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Wichtig wäre nur, das auf einen Basisverbrauch zu beziehen, weil wir ansonsten das Preissignal für die Stromeinsparung, die wir brauchen, nicht setzen würden.

Schulz: Wenn ein Unternehmen jetzt mehr als 180 Euro verdient für eine Megawattstunde – das soll ja der Deckel sein, 180 Euro -, ist das dann ein Übergewinn?

Beer: Das sind Zufallsgewinne an dieser Stelle, die sich nur aufgrund der extremen Verknappung am Markt durch die Kriegssituation und die von uns dann auch eingeleiteten Sanktionen ergeben haben. Die Wirtschaftsinstitute sagen ja jetzt schon voraus, dass sowohl die Strom-, als auch Gas- und Ölpreise weiter mit Blick auf das nächste Frühjahr sinken werden, weil sich dann die Lieferketten entsprechend anders eingependelt haben. Wir beziehen dann auch zum Beispiel Flüssiggas aus anderen Quellen von verlässlicheren Partnerinnen und Partnern. Das ist dementsprechend auch nur ein Übergangsmodus. Das ist ein ganz klar begrenztes Notfallinstrument. Das darf nicht dazu führen, dass wir den Energie-Binnenmarkt in der Europäischen Union in irgendeiner Weise beschädigen. Deswegen muss man hier sehr vorsichtig vorgehen.

Schulz: Nur, um da noch mal die Stringenz Ihrer Argumentation zu prüfen. Der Unterschied zwischen Zufallsgewinn und Übergewinn, wie erklären Sie uns den?

Beer: Dass wir hier eine Situation haben, die allein auf einer Kriegssituation und der damit künstlichen Verknappung zustande gekommen ist.

Schulz: Diese 180 Euro, die jetzt angepeilt sind, die sind jetzt wirklich rein staatlich festgelegt - oder so wird es wahrscheinlich kommen. Warum ist das die richtige Marke?

Beer: Das ist erst mal der Vorschlag der Kommission, sowohl ans Parlament als auch an die Mitgliedsstaaten. Das wird man sich jetzt angucken müssen. Der Vorschlag liegt jetzt erst ganz kurz auf dem Tisch.

Schulz: Sie haben gerade gesagt, dass Sie diesen Vorstoß unterstützen, obwohl so ein Deckel wirklich entscheidende marktwirtschaftliche Mechanismen außer Kraft setzt. Es müssten jetzt eigentlich in dieser Lage, in der günstiger Strom knapp ist, ganz stark die Investitionen anlaufen zum Beispiel auch in erneuerbare Energien. Werden genau diese Anbieter nicht ausgebremst und demotiviert?

Beer: Deswegen ist es so wichtig, dass dieses Instrument zeitlich befristet für diese Notsituation nur gewählt wird. Und es ist wichtig, dass wir das Ganze einbetten in ein Gesamtpaket. Es geht nicht nur darum, die Strompreisbremse jetzt anzuwenden, sondern es geht völlig richtig darum, jetzt noch stärker in erneuerbare Energien zu investieren, da insbesondere Planungs- und Genehmigungszeiten zu verkürzen. Es geht darum, neue Energiequellen aufzutun, also auch Ressourcen in Europa zum Beispiel vor unserer Nordküste zu nutzen. Und es geht darum, in zukunftsfähige weitere Energieformen zu investieren – Stichwort zum Beispiel Fusionsenergie. Letztendlich müssen wir aber auch – und das hat auch Ihr Beitrag gezeigt – innerhalb von Europa solidarisch sein. Das heißt, auch Deutschland muss jetzt alle Energieformen mit einbringen in den Energie-Binnenmarkt. Das heißt von Kohle über Erneuerbare bis hin auch zur Kernenergie. Unsere europäischen Partner können absolut nicht nachvollziehen, dass wir funktionierende Kernkraftwerke nicht weiterlaufen lassen und stattdessen Gas entsprechend verstromen und somit auch den Preis weiter im Binnenmarkt antreiben.

Schulz: Wobei die Entscheidung ja im Herbst erst fallen soll, ob die weiterlaufen oder nicht. – Ich würde jetzt gerne noch mal weitergehen in Sachen Strommarkt-Reform. Der Gaspreis soll künftig dann nicht mehr so eine wichtige Rolle spielen. Es soll eine Entkoppelung geben, wie es immer wieder gesagt wird. Wie soll das gehen mit marktwirtschaftlichen Instrumenten?

Beer: Die Entkoppelung scheint mir noch kein Einvernehmen zu sein. Es gibt einzelne Mitgliedsstaaten, die damit schon angefangen haben. Aber das ist letztendlich ein Instrument, das dann nicht nur für diesen Kurzfristzeitraum gelten würde, und da, glaube ich, müssen wir größte Vorsicht walten lassen. Da müssen wir jetzt erst einmal anschauen, wie denn dann das Strommarkt-Design nach dieser Ausnahmesituation, nach den kriegsbedingten Verwerfungen aussehen soll. Das scheint mir noch nicht ausgemacht zu sein.

Schulz: Welche Ideen haben Sie dazu?

Beer: Ich glaube, dass der Markt sich wieder einpendeln wird. Wir sehen jetzt schon auch aufgrund der Ankündigungen erste Rückgänge entsprechend. Deswegen sollten wir wirklich die Frage der Notfallinstrumente von langfristigen Veränderungen des Strommarkt-Designs unterscheiden. Bei dem zweiten haben wir auch ein bisschen mehr Zeit, uns das ganz genau anzuschauen, was dort dann sinnvoll ist.

Schulz: Was spricht dafür, dass sich diese Sache wieder einpendelt? Diese knappen Ressourcen wegen der großen Abhängigkeit auch von den russischen Energieträgern, von den fossilen Brennstoffen von dort, das ist ja kurzfristig nicht die Ausnahmesituation, sondern noch die Regel. Olaf Scholz hat prognostiziert, dass bis Ende 2023 Deutschland erst unabhängig sein wird vom russischen Gas.

Beer: Ja, aber es ist ein überschaubarer Zeitraum. Die Wirtschaftsinstitute sagen den Rückgang jetzt eher schon ab dem nächsten Frühjahr zu. Wir sehen ja auch, dass wir bereits relativ erfolgreich sind, unsere Lieferketten zum Beispiel bei Flüssiggas oder auch bei Öl umzustellen. Unsere Gasspeicher sind gut gefüllt. Die weiteren Verträge werden vorangetrieben und hier ist es auch wichtig, zum Beispiel gemeinsam als Europäerinnen und Europäer einzukaufen. Das gibt uns mehr Marktmacht und damit auch bessere Einkaufspreise. Aber wir müssen weiter, auch um den Preis zu dämpfen, noch mehr Energie selber produzieren und deswegen hoffe ich sehr, dass wir sehr schnell zu der Entscheidung kommen, unsere bestehenden Kernkraftwerke weiterlaufen zu lassen. Das ist auch eine Frage der Solidarität gegenüber anderen Mitgliedsstaaten.

Schulz: Das sagten Sie bereits. – Ich würde gerne noch auf ein großes europäisches Thema schauen, das Ursula von der Leyen gestern auch angesprochen hat. Sie hat einen europäischen Konvent vorgeschlagen. Wird der kommen?

Beer: Das hoffe ich sehr! Es wird aber jetzt auch an ihr liegen, hier die Hauptstädte mitzunehmen, die Staats- und Regierungschefs. Der Verfassungskonvent ist ja ein Vorschlag, ein Ergebnis der Zukunftskonferenz, an der auch viele Bürgerinnen und Bürger beteiligt waren. Er wird vom Europäischen Parlament parteiübergreifend schon sehr lange gefordert. Ich glaube, auch die jetzige Situation zeigt, dass wir uns schlicht für die Zukunft fit machen müssen, und das heißt, wir müssen auch die Europäische Union selbst reformieren. Den Mut muss man jetzt haben.

Schulz: Hauptstädte mitnehmen und vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger, oder? Nach den schmerzlichen Erfahrungen mit der abgelehnten Verfassung vor Jahren? Das, was schon mal gescheitert ist, das kann jetzt klappen, sagen Sie?

Beer: Ich glaube, das kann klappen. Ich habe unglaublich engagierte, auch sehr mutige, noch viel weitergehende Bürgerinnen und Bürger in der Zukunftskonferenz erlebt. Wir haben sie ja ganz bewusst in diesen Prozess mit eingebunden. Das ist etwas, was viele nicht ver-

stehen.: Warum gibt es kein Gesetzesinitiativrecht fürs Parlament? Warum sind wir zum Beispiel nicht in der Lage, schneller zu entscheiden mit mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat der Staats- und Regierungschefs? Das sind alles Sachen, die dort auch gefordert wurden, sehr massiv gerade von Bürgerinnen und Bürgern. Und ja, wir müssen uns da auch auf Werbetour begeben, Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Aber momentan bremsen die Staats- und Regierungschefs und das ist ein überschaubarer Kreis. Da hoffe ich, dass wir erst einmal erfolgreich sind.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.